



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/79 - 4.4.1953

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039890

Katastrophensommer in der SBZ ?	S. 1
Gerüchte um Albanien	S. 3
Die Luftkonferenz in Berlin	S. 4

## Versorgungskatastrophe in Mittel- und Ostdeutschland

rn. Es hat seit Jahren in der Sowjetzone kein so niederdrückendes, hoffnungsloses Osterfest gegeben, wie diesmal. Bittere seelische Bedrängnis, . nackte Furcht vor dem brutalen Staats- und Parteiapparat, der alles vertritt, was sich ihm nicht mit Haut und Haaren verschreibt, schliesslich die tägliche graue Sorge um das Sattwerden am nächsten Tag bestimmen das Leben in einem einst blühenden Gebiet voll Wohlstand und hohem kulturellen Lebensstil. Wenn dieser Tage daran erinnert wurde, dass die Bevölkerung der heutigen Sowjetzone seit 14 Jahren von den kümmerlichen Almosen lebt, die es auf Lebensmittelkarten gab und gibt, so ist das ein bezeichnendes Symptom.

Nun liegen ausserdem viele Anzeichen dafür vor, dass erst in den kommenden Monaten, in jedem Fall bis zum Anschluss an die nächste Ernte, die Versorgungsschwierigkeiten ihren eigentlichen Höhepunkt erreichen, dass sie, so ist zu befürchten, den Umfang einer regelrechten Katastrophe annehmen werden. Die Versorgung mit Kartoffeln, Getreide, Fett, Fleisch und Gemüse ist vollkommen zusammengebrochen, am schlimmsten steht es mit Saatgut jeder Art, das nicht nur bei Bauern, sondern neuerdings in kleinsten Mengen in privaten Haushalten requiriert wird.

Im Herbst vergangenen Jahres wurde zum ersten Mal weithin sichtbar, wie schlecht es um die Versorgung der Zone mit dem Not-

dürftigsten stand. Damals begann die Suche nach den Schuldigen, die ersten aufsehenerregenden Verhaftungen von Leuten wurden bekannt, die bis dahin an der Spitze der Machtpyramide gestanden hatten. Dann setzte im Zuge der weiter um sich greifenden Vergeltungsmassnahmen (für das eigene Versagen) eine ständig sich verstärkende Fluchtbewegung aus der SBZ nach dem Westen ein.

Dieser Strom, der inzwischen einer regelrechten Abwanderung gleich kommt, hält an. Die Urteile von Sachkennern, ob die Welle ihren Höhepunkt doch schon überschritten habe, gehen auseinander. Die Tatsache, dass an einzelnen der letzten Tage mehr Flüchtlinge aus Berlin ins Bundesgebiet abgeflogen worden konnten als neu hinzukamen, ist kein überzeugender Trost. Zunächst einmal steht fest, dass der März der Monat mit den höchsten Fluchtziffern gewesen ist. Der Ausblick auf die weitere Verschärfung der Versorgungslage ist alarmierend, denn man muss damit rechnen, dass dadurch der Zustrom erneut anwachsen wird. Er wird sich vor allem auch stärker als bisher auf Arbeiter aus allen Betriebsarten erstrecken, die bisher, im Verhältnis, geringer vertreten waren als Bauern, kleine und mittlere Selbständige, Intellektuelle und Jugendliche.

Man wird sich also in der Bundesrepublik darauf einstellen müssen, dass die Nachrichten aus der Sowjetzone immer beunruhigender werden und dass der Drang nach dem Westen wachsen wird. Es ist gut, darauf rechtzeitig hinzuweisen, denn es wird notwendig sein, über die bisherigen Massnahmen zur Aufnahme von Flüchtlingen aus der Sowjetzone hinaus Vorkehrungen für eine wirksame Hilfe zu treffen. Bisher spricht nichts dafür, dass eine mögliche Entspannung auf dem grossen politischen Felde auf diesem Sondergebiet günstige Folgen haben könnte.

Die Frage ist aufgeworfen worden, ob es irgendwelche Möglichkeiten gibt, der Bevölkerung der Zone als Ganzem zu helfen und - nicht nur durch die persönliche Hilfeleistung an Einzelnen - auf staatlicher Grundlage zu helfen. Aber Warenkredite könnten nur gegen die Sicherheit gegeben werden, dass sie wirklich denen zugute kommen, für die sie bestimmt sind. Wird das je möglich sein? Wird nicht vielmehr immer die Gefahr bestehen, dass mit solchen Massnahmen gerade diejenigen unterstützt werden, welche für das unsägliche Elend in diesen Gebieten verantwortlich sind? So schwer diese Fragen zu beantworten sind, so wird man sich doch gerade überall dort, wo man sich für das gesamtdeutsche Schicksal in besonderem Masse verantwortlich fühlt bzw. einen entsprechenden Auftrag zu verwalten hat, darüber die ernstesten Gedanken machen müssen.

Albanien - Moskaus nervolischer Punkt

O.H. Mit dem Abschluss des Dreierpaktes zwischen Jugoslawien, Griechenland und der Türkei ist die Lage des schon über drei Jahre isolierten kleinen Albanien als Satellit Moskaus immer schwieriger geworden. Nachdem das Land vor dem Abfall Titos vom Kominform weitgehend durch Jugoslawien beherrscht wurde, wird das wirtschaftlich schwache und politisch labile Ländchen nunmehr von mehreren hundert russischen "Beratern" regiert, für die der albanische Staatschef Hodscha und seine Regierung nur Aushängeschild, bestenfalls Befehlsm Empfänger sind.

Die Vermutung, dass nach dem Abschluss des Balkanpaktes ein Nervenkrieg gegen Albanien (und gegen Bulgarien) einsetzen werde, hat sich nicht erfüllt. Wahrscheinlich ist diese Zurückhaltung mit den seit dem Tode Stalins zu beobachtenden Anzeichen einer Entschärfung der Spannung zwischen Moskau und dem Westen zu erklären. Insbesondere die britische Regierung dürfte ihren Einfluss in dieser Richtung, vor allem gelegentlich des Besuches Titos in London, ausgeübt haben. Aber auch die widerstrebenden Interessen Italiens und Jugoslawiens sowie Jugoslawiens und Griechenlands in Albanien lassen es geboten erscheinen, die Entscheidung hinauszuschieben.

Aber die Lage ist nicht endgültig entspannt. Auf jugoslawischem Boden steht nahe der albanischen Grenze ein titoistisch ausgerichtetes "Rat des Freien Albanien" bereit, in Rom ein antikommunistisches Albanische Nationalkomitee. Während Jugoslawien einen beträchtlichen Teil des albanischen Volkes als Grenzminorität in seinem Staatsgebiet hat und schon dadurch gegenüber den anderen in der albanischen Frage konkurrierenden Staaten im Vorteil ist, erhebt Griechenland territoriale Ansprüche auf Gebiete im südlichen Albanien wegen der dort lebenden griechischen Minderheit.

Wird das Diktaturregime dieses nur durch einen spärlichen Schiffsverkehr mit den Sowjetblockstaaten verbundenen Ländchens dem von allen Seiten einsetzenden Druck noch lange standhalten können? Sowjetrussland selbst scheint darauf keine grossen Hoffnungen zu legen, denn ernsthafte militärische Vorbereitungen für eine Verteidigung dieses vorgeschobenen Postens hat es bisher nicht getroffen. Die Errichtung

eines Luftstützpunktes in Albanien hat Moskau unterlassen und sich mit einem allwöchentlich einmal verkehrenden Flugzeug begnügt, das überdies jeweils in Belgrad landen muss, was von Jugoslawien für die Genehmigung zur Überfliegung seines Staatsgebietes zur Bedingung gemacht wurde.

+ + +

Berliner Verhandlungen

Von Willy Brandt, Berlin MdB.

Im Augenblick steht in Berlin die Frage im Vordergrund, wozu wohl jene Verhandlungen führen mögen, die dieser Tage zwischen sowjetischen und britischen Vertretern begonnen hatten, und zu denen nach Ostern auch amerikanische und französische Vertreter stossen werden. Formal handelt es sich nur um Fragen der Flugsicherheit, aber es wäre nicht verwunderlich, wenn auch andere Probleme angeschnitten würden.

Ob etwas dabei herauskommt, ist eine ganz andere Frage. Zu optimistischen Erwartungen liegt leider keine Berechtigung vor. Bisher gibt es kein Anzeichen, dass die Sowjets in der deutschen Frage nachzugeben bereit wären. Auf dem Gebiet des Luftverkehrs haben sie in den vergangenen Jahren wiederholt den Versuch unternommen, die den Westmächten zustehenden Rechte aus dem Jahre 1945 einzuengen.

Immerhin verdienen ein paar wesentliche Tatsache festgehalten zu werden. Die Initiative zu den Besprechungen mit den Engländern ist zunächst einmal von den Sowjets ausgegangen, ebenso wie der Anstoss zu Erweiterung des Teilnehmerkreises darüber hinaus. General Tschuikow hat ausserdem veranlasst, dass die neuerlich angedrohte Behinderung des Verkehrs auf der Autobahn unterblieben ist. Man darf also davon ausgehen, dass Instruktionen aus Moskau vorliegen und dass die Sowjets gegenwärtig nicht an einem Gesprächsfaden mit den Westmächten in Berlin (und das heisst: in der Deutschlandfrage) interessiert sind. Die westalliierte Seite hat dieses Interesse zur Kenntnis genommen und den Sowjets nicht die kalte Schulter gezeigt.

Was läge näher, als in dieser Situation die Verkehrsverbindungen zwischen Berlin und dem deutschen Westen in geeigneter Form zur

Diskussion zu stellen? Die Westmächte können sich auf die Vereinbarungen berufen, die im Zusammenhang mit der Aufhebung der Blockade im Jahre 1949 getroffen wurden. Sie könnten auch ihre Bereitschaft zu erkennen geben, die berühmte Elbbrücke bei Magdeburg - die 1945 von amerikanischen Pionieren errichtet wurde - gründlich zu überholen oder durch eine permanente Brücke zu ersetzen. Bei solchen Erörterungen würde sich bald herausstellen, ob die Voraussetzungen für weiterreichende Verhandlungen gegeben sind.

Wir dürfen auch wieder einmal daran erinnern, dass freie Wahlen in allen vier Sektoren von Berlin - unter den gleichen Bedingungen, die die vier Kontrollmächte 1946 festlegten - als Probefall für eine erneute Überprüfung des deutschen Problems dienen könnten. Es fehlt nicht an anderen Gebieten, auf denen die Sowjets ihre Bereitschaft zum Einlenken beweisen könnten. Man braucht nur an die Kriegsgefangenen zu denken, an die politischen Gefangenen in der Sowjetzone, oder an die Bedingungen, aus denen heraus es zur Massenflucht gekommen ist.

Es wäre gewiss ein Fehler, propagandistische Gesichtspunkte in den Vordergrund zu rücken. Der deutschen Sache wäre nicht damit gedient, wenn etwa vorhandene Verhandlungsmöglichkeiten verschüttet würden. Das gesamtdeutsche Interesse erfordert, dass jede auch noch so schwach erscheinende Chance genützt wird und dass die deutsche Politik unbeugsam bleibt allein in dem Verlangen nach Wiedervereinigung in Freiheit.

---

#### Kirche und Politik

"Die Evangelisch-lutherische Kirche weiss, dass die Christen zu gewissenhafter Wahrnehmung ihrer politischen Verantwortung gefordert sind. Aber sie mahnt ernstlich, dabei nicht die Grenze zu verwischen, die zwischen Kirche und Welt, zwischen christlicher Gemeinde und politischer Ordnung besteht. Auch wo die Kirche die Forderungen der göttlichen Gebote in Lehre und Verkündigung entfaltet, enthebt sie damit nicht den Einzelnen der Pflicht, im jeweiligen Fall verantwortlich zu entscheiden und gibt damit grundsätzlich für verschiedene politische Stellungnahmen Raum".

(Aus dem Kommuniqué der Bischofskonferenz der Vereinigten Lutherischen Kirchen Deutschlands, März 1952)

---

Verantwortlich: Peter Raunau